

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 paa n d

Inhalt

41. Jahrgang / 155

18. August 1986

Heinrich Klein MdB zu
Steuererleichterungen für
Sportvereine: CDU/CSU
und FDP stehen im Wort.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin
kommentiert die Frauen-
förderungspolitik der Bun-
desregierung: Nichts als lee-
re Versprechungen.

Seite 3

Dokumentation:

Rede des SPD-Vorsitzenden
Willy Brandt zum 25. Jah-
restag des Baus der Berli-
ner Mauer (Teil I).

Seite 5

CDU/CSU und FDP stehen im Wort

SPD stellt Steuererleichterungen für Sportvereine zur Abstimmung

Von Heinrich Klein (Dieburg) MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Das Thema Steuererleichterungen für die 62.000 gemeinnützigen Sportvereine und ihre Sportverbände gehört zu den peinlichen Kapiteln der Regierung von CDU-Bundeskanzler Kohl. Es gibt keinen vergleichbaren Fall in der Sportpolitik einer Bundesregierung, in dem die Glaubwürdigkeit gegenüber den Sportvereinen und ihren ehrenamtlichen Helfern dermaßen Schaden genommen hat, wie dies seit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU und FDP geschehen ist.

Seit Jahren vertröstet die „Wende-Regierung“ die Verantwortlichen des Deutschen Sportbundes und seiner Mitgliedsorganisationen, werden Verzögerungen konstruiert, um dringend erforderlichen Entscheidungen auszuweichen. Auch Vorstöße von CDU-regierten Bundesländern, wie Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz, verliefen im Bundesrat im Sande oder scheiterten an dem Widerstand von Bundesfinanzminister Stoltenberg.

Im krassen Gegensatz zu den umfangreichen Versprechungen von führenden Politikern der Bonner Koalitionsfraktionen steht auch die Nicht-Beteiligung an dem ständig zunehmenden „Subventionssegen“

Obwohl die Steuersubventionen von 1982 bis 1986 um 40 Prozent von 29,5 Milliarden auf 41,1 Milliarden DM erhöht wurden, blieben die berechtigten Ansprüche der 62.000 Amateursportvereine mit mehr als 20 Millionen Mitgliedern unberücksichtigt - mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
mit dem
Kunden-Papier



Im März 1985 hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, der die Grundlage für eine Vielzahl von wirkungsvollen und dauerhaften Steuererleichterungen für den gemeinnützigen Sport bietet. Die von den sozialdemokratischen Mitgliedern im Finanz- und Sportausschuß beantragte öffentliche Anhörung am 25. Juni dieses Jahres hat die Notwendigkeit und die Berechtigung der Forderungen nach Steuererleichterungen für die 62.000 Sportvereine eindrucksvoll bestätigt.

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, hat die positive Haltung der SPD bei dem SPD-Sportforum '86 am 2. Juni 1986 in Bonn nachdrücklich betont.

Johannes Rau sagte: „Wir müssen den gemeinnützigen Sportvereinen die Freiräume sichern, damit sie sich voll und ganz den eigentlichen Aufgaben widmen können: den Mitbürgern aller Altersgruppen Sport und Spiel, Gesundheit und Lebensfreude, geselliges Beisammensein und eine sinnvolle Freizeitgestaltung durch Sport zu vermitteln.“

Dazu gehören durchgreifende Maßnahmen zur Befreiung von steuerlichen Belastungen und eine Entbürokratisierung der Arbeit der Sportvereine auch im Umgang mit den Finanzbehörden.“

Mit dem Beschlußvorschlag für den Sport- und Finanzausschuß hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß 1987 eine Vielzahl steuerlicher Erleichterungen für die 62.000 gemeinnützigen Sportvereine und ihre ehrenamtlichen Helfer in Kraft treten können.

Die wesentlichen Verbesserungen, die teilweise schon ab Januar 1987 in Kraft treten könnten, sind:

- Erhöhung der steuerfreien Jugend- und Übungsleiterpauschale von gegenwärtig 2.400 DM auf 3.600 DM im Jahr;
- Erhebliche Erhöhungen der Freigrenzen bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer;
- Wegfall der bisherigen Überschußgrenze bei kulturellen und geselligen Veranstaltungen der sogenannten „steuerfreien Zweckbetriebe“ der Sportvereine von gegenwärtig 12.000 DM;
- Steuerfreier Bezug von Sportartikelspenden aus der Industrie;
- Erhöhung der steuerunschädlichen Aufwandsentschädigung (zum Beispiel Fahrten zum Training und den Wettkämpfen) für Sportler der gemeinnützigen Sportvereine und Sportverbände von gegenwärtig 700 DM auf 1.500 DM.

Dieses Konzept bietet die Chance zu einer kurzfristigen „interfraktionellen Verabschiedung“ und zur Erfüllung der Versprechungen, die CDU/CSU und FDP dem Deutschen Sportbund, seinen Mitgliedsorganisationen und den gemeinnützigen Sportvereinen fortwährend gemacht haben.

(-/18.8.1986/vo/st)

* * *



„Nichts als leere Versprechungen“

Zur Frauenförderungs politik der Bundesregierung

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Wir sollten nicht vergessen, daß Frauenförderung und Gleichstellungspolitik vor Ort bewußte Ansätze sozialdemokratischer Frauenpolitik sind.

Bereits 1979 haben Antje Huber als Familienministerin und Marlies Kutsch als Leiterin des Arbeitsstabs Frauenpolitik die Einrichtung von Gleichstellungsstellen in Ländern und Kommunen initiiert sowie eine Politik zur beruflichen Förderung von Frauen entwickelt. Dies waren wichtige Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Sehr traurig ist es, daß diese Ansätze von kontinuierlicher und verbindlicher Gleichstellungsarbeit sich nach der Wende 1982 in allgemeine Versprechungen, leere Worte und geringe Taten aufgelöst haben.

Dabei sind konkrete und verbindliche Frauenfördermaßnahmen heute notwendiger denn je, um die strukturelle Benachteiligung der Frauen im öffentlichen Dienst aufzuheben.

Noch immer sind in den Bundesministerien und nachgeordneten Behörden die gut bezahlten und einflußreichen Posten für Männer reserviert. Die Frauen dürfen weiterhin Zuarbeit und Schreibdienste leisten; das belegen Personalstatistiken und Organisationspläne eindrucksvoll.

Zunehmend werden Vollzeit-Arbeitsplätze für Männer bereit gehalten, während Frauen auf Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse verwiesen werden.

Seit der Wende hat die SPD-Bundestagsfraktion mit allen parlamentarischen Mitteln wie Anfragen, Anträge, Aktuelle Stunden, Fragestunden, schriftliche Fragen wirksame Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen gefordert.

Zuletzt haben wir in einem Antrag (Ds. 10/3055) präzise Vorschläge für eine verbindliche, kontinuierliche und kontrollierbare Frauenförderung im öffentlichen Bundesdienst eingebracht, die Erfahrungen aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bremen berücksichtigen.

Darin fordern wir:

- Stellenausschreibungen müssen in männlicher und weiblicher Form der Stellenbezeichnung erfolgen und von der Gestaltung her Frauen motivieren, sich zu bewerben;
- Frauen sind bei gleicher Qualifikation mindestens im Verhältnis ihres Anteils an den Bewerbungen in die Auswahl einzubeziehen und bei gleicher Leistung bevorzugt in solchen Bereichen einzustellen, in denen sie bisher unterrepräsentiert waren;
- Frauen sind bei der Besetzung von höherwertigen Stellen - bei gleicher Qualifikation wie männliche Bewerber - so zu berücksichtigen, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Laufbahngruppe vertreten sind;
- Fortbildungsangebote müssen Frauen gezielt zur Teilnahme motivieren und die Gleichstellungsproblematik thematisieren;

- die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit nach einer Beurlaubung aus familiären Gründen ist durch eine flexible Gestaltung der Beurlaubung, zum Beispiel durch Urlaubs- und Krankheitsvertretungen zu erleichtern;
- arbeits- und sozialrechtlich gesicherte Teilzeitarbeitsplätze sind Männer und Frauen anzubieten sowie für qualifizierte Positionen ebenfalls vorzusehen;
- der Frauenanteil in Gremien ist dort, wo die Bundesregierung ein Vorschlagsrecht hat, kontinuierlich zu erhöhen.

Über die Umsetzung dieser Forderungen, die getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg soll die Bundesregierung dem Bundestag alle zwei Jahre berichten.

Klare, verbindliche Zielvorgaben und öffentliche Kontrolle will die SPD.

Dagegen hat die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ab 1. März 1986 nach Darstellung des verantwortlichen Staatssekretärs einen neuerlichen „Appell an die Personalverwaltungen“ in Kraft gesetzt, „bei Einstellungen und Beförderungen Frauen angemessen zu berücksichtigen“.

Überall dort, wo stehen müßte: „muß“, „soll“, wimmelt es von schwammigen, unverbindlichen Floskeln.

Auf die gewollte „angemessene“ Berücksichtigung von Frauen bei Einstellungen und Beförderungen / Höhergruppierungen soll lediglich „hingewirkt“ werden. Bei Fortbildungsangeboten fehlt die gezielte Motivation von Frauen.

Gänzlich fehlt die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, sofern der Bund ein Vorschlags-, Benennungs- und Entsendungsrecht hat.

Ein Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen im öffentlichen Dienst ist unverändert nur gegenüber dem Innenausschuß des Bundestages vorgesehen.

Daraus folgt:

- die Richtlinie ist nicht mehr als ein unverbindlicher Appell;
- die vorgesehenen Förderungsmaßnahmen sind lückenhaft und nicht ausreichend kontrollierbar.

Mit dieser Art des Vorgehens fällt die Bundesregierung weit hinter den 1982 gefundenen Rechtsstandpunkt des Bundesinnenministeriums zurück, wonach „Quotenregelungen zugunsten von Frauen möglich (sind), wenn es sich dabei um eine echte Ergänzung der in Artikel 33 Absatz 2 GG genannten Eignungskriterien handelt und wenn die Regelung als Übergangsregelung praktiziert wird, bis sich der Anteil der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf ein normales Niveau („Nachholbedarf“) eingependelt hat.“

Mit ihrem Richtlinien-Appell kann sie nicht einhalten, was sie vor und nach der Wende versprochen hat: nämlich Frauen im öffentlichen Dienst verbindlich und wirksam beruflich zu fördern.

(-/18.8.1986/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Nicht Selbstgefälligkeit, sondern Nachdenken ist gefordert (Teil I)

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt war einer der Hauptredner der Veranstaltung des Berliner Senats aus Anlaß des 25. Jahrestages des Baues der Berliner Mauer am 13. August. Im folgenden dokumentieren wir Brandts Rede im Berliner Reichstagsgebäude im Wortlaut.

Wir in Deutschland - wer wollte uns das streitig machen? - verfügen über einige Fähigkeit, uns der Tage der Erniedrigung oder des Versagens pflichtschuldig bis beflissen zu erinnern. Nicht selten werden aus solchem Anlaß, wie jetzt drüben, Sondermarken herausgegeben.

25 Jahre sind also vergangen seit jenem Sonntag, an dem wir aus den Betten geklingelt wurden mit der schockierenden Nachricht, die Übergänge von Ost- nach Westberlin würden durch Stacheldrahtverhaue gesperrt; das Zumauern im technischen Sinne war eine Frage der nächsten Tage.

Wo hatte es das schon gegeben, daß der Puffschlag einer Millionenstadt erst auf nahezu Null gebracht und daß den Schlagadern dann Beton zugeführt wurde! Denn dies bedeutete doch das Sicheinmauern derer, die dem Nebeneinander bei halbwegs offener Grenze nicht standzuhalten vermochten. Man fragte sich, was aus dem Leid all derer werden sollte, die willkürlich voneinander getrennt wurden - Familien, Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Mitbürgerinnen und Mitbürger, Landsleute... Zunächst gab es auch noch, subjektiv verständlich, die akute Sorge um die Sicherheit West-Berlins.

Ich weiß, was es heißt, die Bitterkeit ohnmächtigen Zorns auskosten zu müssen. Es fehlt nicht viel, und die kalte Wut kommt wieder hoch: auf die, denen in ihrer furchtsamen Ideologiebesessenheit nichts Besseres einfiel, als den Prozeß der Spaltung noch einmal zu vertiefen. Freilich auch auf einige derer, die auf unserer Seite unfähig oder nicht willens waren, sich selbst und anderen klarzumachen, mit welchen Problemen wir es wirklich zu tun hatten.

Seitdem ist viel passiert, und es wäre unangemessen, beim Wiederwachrufen von Gefühlen jener Augusttage vor 25 Jahren zu verharren. Lohnender könnte es sein, einiges von dem zu vermitteln, was wir gelernt haben. Jedenfalls bräuchten wir nicht heute aus diesem Anlaß beisammen zu sein, wenn uns nichts anderes einfiel, als Streitthemen der zurückliegenden Jahre aufzuwärmen.

Dieser Tag sollte zum Nachdenken über nationale Verantwortung sehr viel mehr einladen als zur Selbstgefälligkeit. Gewiß, es war schon so, daß einigen es noch schwerer fiel als anderen, sich mit der tatsächlichen Lage vertraut zu machen. Aber Ruhm hat keiner auf unserer Seite ernten können. Dazu war die zusätzliche Niederlage zu groß, die die deutsche Sache - im Sinne von Vernunft, Ausgleich und Zusammenarbeit! - hat hinnehmen müssen.

Aus meiner Sicht ist zum wiederholten Male Kritisches zu sagen über den Umgang mit vermeintlichen Rechtspositionen, die zu Illusionen verkümmerten. Und über gewisse Perspektiven nationalstaatlicher Politik, denen - wie die meisten inzwischen wissen - vielfach nicht einmal Wunschdenken zugrunde lag. Mehr Mut zur Offenheit, auch zum offenen Bruch mit der Vergangenheit, wären hilfreicher gewesen. Doch an zweierlei darf dann bei aller kritischer Sicht eben auch nachdrücklich erinnert werden:

Zum einen haben die westlichen Schutzmächte an ihrer Verantwortung für den in ihre Obhut genommenen Teil dieser Stadt nicht rütteln lassen. Und zum anderen haben die Verfassungsorgane in Bonn bei wechselnden innenpolitischen Konstellationen nicht gezögert, Berlin beizustehen und vor allem auch materiell zu entlasten.

Als einer, der sich nicht sicher fühlt, ob der westliche Doppelschutz durchgängig durch politische Weitsicht angereichert wurde, möchte ich doch nicht nur registrieren, sondern dankbar würdigen, daß und wie sehr die Grundlagen der Westberliner Existenz nicht nur durch die Berliner selbst gesichert worden sind. Das sage ich als jemand, der hier in schwieriger Zeit Verantwortung getragen hat und sich des Vertrauens seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger in hohem Maße gewiß sein durfte.

Welches war nun die spezifische Illusion, die am 13. August zum Platzen kam - die Fiktion, von der kaum etwas übrig blieb? Ich meine die bis zum Exzeß kultivierte Vorstellung, aus einer grundsätzlich gegebenen Viermächte-Kompetenz für Berlin als Ganzes - sich ableitend aus während des Krieges getroffenen Abmachungen - ergäben sich für die Menschen hier relevante Befugnisse und Möglichkeiten der Drei Westmächte, die über deren Sektoren hinausreichten. Daß das so nicht war, hat man seit der Trennung der städtischen Einrichtungen im Blockadewinter 48/49 wissen können. Der Hinweis auf eine eingebildete Rechtslage wurde dann erheblich strapaziert, als es zum Beispiel nicht ausgeschlossen war, West-Berlin eindeutiger mit dem Bundesgebiet zu verbinden.

Mit welcher Realität man es zu tun hatte, wurde ein Jahrzehnt nach der Mauer im Viermächte-Abkommen festgehalten. Zu dieser Wirklichkeit hatte 1961 gehört, daß die sowjetische Kontrollmacht die DDR-Organen, auch den Westalliierten gegenüber, so verfahren ließ, wie dies im Zusammenhang mit dem Mauerbau geschah. Ich will niemand noch einmal mit dem Hinweis reizen, wer wen durch wen in einen bestimmten Körperteil treten ließ. Die Mauer dokumentierte neben anderem die Realität, daß die DDR ihre Regierung im anderen Teil dieser Stadt etabliert hatte.

Die Mauer zu verabscheuen, der Überzeugung zu sein, sie stehe gegen die Geschichte, konnte nichts das Nachdenken über die Frage ersetzen: Was kann im Interesse der Menschen geschehen, solange wir trotz und mit der Mauer zu leben haben? Und Tatsache ist eben auch: Weder in Washington noch in Moskau, noch in Bonn waren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Mauer ein wenig durchlässig gemacht würde. Die höchst unzulänglichen Passierscheine, die wir zu Weihnachten 1963 erreichten, mußten mit der Regierung der DDR ausgehandelt werden. Eine Alternative gab es nicht, jedenfalls hat man uns keine wissen lassen.

Das war ja dann nicht, wie einige gefürchtet hatten, der Beginn einer abschüssigen Bahn, an deren Ende West-Berlin verlorengegangen sein würde. In Wirklichkeit wurde, gestützt auf die Mauer-Erfahrung, jene Ostpolitik entwickelt, die die unbestrittene Westorientierung der bundesdeutschen Politik wirksam zu ergänzen geeignet war - wirksamer, will ich hinzufügen, als es über weite Strecken praktiziert worden ist. Erreicht werden konnte immerhin, daß West-Berlin krisenunanfälliger wurde, als es vorher gewesen war.

Doch gewiß gab es auch diejenigen, die nicht nur hinter vorgehaltener Hand fragten, ob wir denn eigentlich dürften, worauf wir uns zunächst mit den Passierschein-Verhandlungen eingelassen hatten. Viel mehr als „Darf denn der das überhaupt?“ war auch denjenigen Bedenkenträgern nicht eingefallen, die nicht hinnehmen mochten, daß sich der Regierende Bürgermeister gleich nach dem 13. August in ebenso deutlichen Worten wie freundschaftlicher Gesinnung an Präsident Kennedy wandte. Wir haben gewußt und bestätigt gesehen, daß sich Feigheit auch vor dem Freund nicht lohnt. Und vor allem dies: daß es keinen Mangel an deutscher Souveränität gibt, der uns daran hindern könnte, eigene Interessen zu definieren und uns energisch um das zu bemühen, was wir für richtig halten.

(-/18.8.1986/st/ks)

* * *

(Teil II folgt in unserer morgigen Ausgabe)

